

S. 2 24.10.2020

Sowohl Koalition als auch Sozialdemokraten sehen mit Blick auf die geplante Bebauung von Bieber-Waldhof-West die Stadt Offenbach in der Verantwortung, wenn es darum geht, dem Stedlungsdruck in der Region Rechnung zu tragen. "Alle Kommunen im Rhein-Main-Gebiet haben Zuwachs. Wer Zuwachs hat, muss sich darauf einstellen und diesen durch kluge Planung steuern", sagen die Koalitionäre. Einfach aussitzen oder durch Beabschlüsse abweisen lasse sich diese Entwicklung nicht. Dass eine Stadt in der wachsenden Region die Schotten dicht mache und gleichsam als Insel bleibe, wie sie ist, stelle kein realistisches Szenario dar.

Offenbach profitiere von der Region und habe deshalb auch eine Verantwortung auf dem Wohnungsmarkt, für eine angemessene Infrastruktur für seine Einwohner und für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen, meint auch SPD-Fraktionschef Wilhelm. Zugleich hält er es aber für einen Fehler, den Wohnungsdruck nur innerhalb des vom grünen hessischen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir vorgeschlagenen „Frankfurter Bogens“ zu betriebligen. „Basis darf nicht ein Kadus von 30 Minuten Fahrzeit im heutigen S-Bahn-Netz sein, sondern wir brauchen Investitionen in die Schiene, die es ermöglichen von Aschaffenburg, Limburg oder Schlüchtern in 30 Minuten das Herz der Region zu pendeln“, so Wilhelm.

Einer ausdrücklichen Festlegung, wann die Grenzen des Wachstums für Offenbach erreicht sind, bedarf es nach Ansicht der Fraktionen im Stadtparlament nicht. Diese Grenzen definiere der Masterplan, heißt es.

Die Politik sieht beim Wachstum der Stadt noch Handlungsspielräume. Richtschnur soll der Masterplan sein.

FOTO: HASLER

